

Anträge der Haushaltsreden 2023

Beantwortung

<p>CDU-Fraktion 3</p>	<p>AN/275/19</p>	<p>Wir beantragen die Einrichtung eines Abholterminals beim Bürgeramt zu prüfen, so dass beispielsweise die Beantragung neuer Ausweise mit nur einem Präsenztermin erledigt werden kann.</p>	<p>II, Amt 30 Im Foyer des Verwaltungsgebäudes im Biegel ist vor dem Bürgerservice Stadtmitte seit 02.10.2018 ein sogenanntes Selbstbedienungsterminal im Einsatz, an dem Bilder für Personalausweis und Pass digital erstellt werden können. Von der Einrichtung eines Abholterminals wurde bislang aufgrund der schwierigen Praktikabilität infolge derer andere Städte bereits wieder eingestellt haben, abgesehen. Das Abholterminal eignet sich ausschließlich für Reisepässe, wobei der seitherige Reisepass bei der Beantragung abzugeben ist. Bis zur Erstellung und Abholung verfügen die Antragsteller in dieser Zwischenzeit über keinen Reisepass. Die Übermittlung eines Reisepasses durch die Bundesdruckerei an die Stadt kann in Spitzenzeiten bis zu fünf Wochen dauern. Dies führt zu Unzulänglichkeiten. Die Bundesdruckerei prüft deswegen mit Einführung ab dem Jahr 2025 die Zusendung und/oder die Zuführung von Personalausweis und Reisepass. Auch aufgrund der Barrierefreiheit dieser Möglichkeit, wird vom Rechts- und Ordnungsamt diese zukunftsfähige Lösung angestrebt. Im Haushalt sind jedoch Finanzmittel für die Einrichtung eines Express- und Abholschalters vorgesehen.</p>
<p>CDU-Fraktion 7</p>	<p>AN/279/19</p>	<p>Wir beantragen vorsorglich, dass der Grundsteuerhebesatz der Grundsteuer-Neuordnung so angepasst wird, dass sich die Grundsteuereinnahmen insgesamt nicht erhöhen und somit in Backnach ertragsneutral erhoben werden.</p>	<p>II, Amt 20 Es wird nach derzeitigem Stand beabsichtigt die Grundsteuerreform aufkommensneutral also ohne die Erhöhung der Grundsteuererträge insgesamt umzusetzen. Letztlich muss jedoch die Hebesatzfestlegung von der Finanzlage 2025 abhängig gemacht werden, so dass aus heutiger Sicht keine verbindliche Aussage hierzu gemacht werden kann. Unabhängig davon ist jedoch zu erwarten, dass es durch die Reform zu gewissen Verschiebungen auf Seiten der Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer kommen wird. Tendenziell sollen Ein- bis Zweifamilienhäuser künftig stärker besteuert werden als Mehrfamilienhäuser, unbebauten Grundstücke sollen deutlich teurer werden.</p>

<p>CDU-Fraktion 14</p>	<p>AN/286/19</p>	<p>Wir beantragen die Bürgerinformationen in allen Bereichen zu stärken, insbesondere auch fremdsprachig und in Einfacher Sprache sowie in verschiedenen Formaten.</p>	<p>Amt 10, 30 Bereits teilweise umgesetzt und soll auch weiter ausgebaut werden.</p>
<p>CDU-Fraktion 9</p>	<p>AN/281/19</p>	<p>Wir beantragen Aktionen zur Verbesserung des regelkonformen und sicheren Miteinanders der verschiedenen Verkehrsteilnehmer.</p>	<p>Amt 30 Im Rahmen der Förderung durch die Radkultur ist beim Stadtplanungsamt ein sogenannter RadGeber in der Bearbeitung. Eine Handreichung vorwiegend an Radfahrer über regelkonformes und sicheres Fahren als Empfehlung für den Alltag des Fahrradfahrers, mit wichtigen Zusatzinformationen für die Stadt Backnang. Verkehrserziehung gibt es in den Kindertagesstätten und in den Schulen. Bei den erwachsenen Verkehrsteilnehmern geht die Information letztlich in die Ahndung über. Zum Auffrischen der Kenntnisse können bei den örtlichen Fahrschulen Kurse gebucht werden.</p>

<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>4</p>	<p>AN/293/19</p>	<p>Die Backnanger Bürger*innen sind der Schlüssel zur Demokratie und sollten möglichst transparent in Entscheidungsprozesse auch außerhalb der Wahlen miteinbezogen werden. Daher fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung dazu auf, Formate für Bürger*innen-Befragungen zu entwickeln, welche die Bürgerschaft bei Haushaltsrelevanten Entscheidungen, sowie Entscheidungen die Haushaltsmittel von über 3 Millionen Euro beanspruchen und von grundsätzlicher Bedeutung für die Stadt sind miteinzubeziehen.</p>	<p>I, III Bürgerbeteiligungsverfahren (sog. „Bürgerdialoge“) werden bereits bei vielen Großprojekten der Stadt durchgeführt, zuletzt im Rahmen der IBA'27. Die Durchführung hängt maßgeblich von der Relevanz des Vorhabens für die Bürgerschaft ab und nicht von einer vorab festgelegten Projektkostengrenze.</p>
<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>5</p>	<p>AN/294/19</p>	<p>Der Bahnhof ist die Pforte in die große Kreisstadt Backnang. Wir wünschen uns einen umfangreichen Dialog mit der Bürgerschaft. Durch diesen Dialog soll aus den vorliegenden Vorschlägen der Beste für Backnang herausgearbeitet werden. Wir bitten um die Aufnahme dieses Dialogs in das Investitionsprogramm ab 2026.</p>	<p>III Die Stadtverwaltung beabsichtigt, im Jahr 2023 die Planungen für die Neugestaltung der Mobilitätsdrehscheibe auf der Grundlage des Wettbewerbssiegers fortzuführen. Sobald ein entsprechender Planungsstand erreicht ist, wird die Stadtverwaltung dem Gemeinderat ein Vorschlag für einen geeigneten Bürgerdialogprozess unterbreiten.</p>

<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>6</p>	<p>AN/295/19</p>	<p>Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung die 40er Zone auf dem Innenstadtring zu Gunsten des Verkehrsflusses und des Umweltschutzes zu erweitern. Beispiele für Erweiterung wären: Aspacher Straße, Stuttgarter Straße, Weissacher Straße und Gartenstraße.</p>	<p>II, Amt 30 Die Fortführung der 40 km/h-Abschnitte und auch von 30 km/h-Abschnitten ist angestrebt. Die verkehrssicherheitsrelevanten Bereiche werden laufend fortgeschrieben, und dort wo begründbar, umgesetzt. Bezüglich der Streckenabschnitte Aspacher Straße, Stuttgarter Straße, Weissacher Straße und Gartenstraße, sowie darüber hinaus in den Stadtteilen, findet derzeit die Prüfung innerhalb der Lärmaktionsplanung statt. Der Lärmaktionsplan (LAP) wird öffentlich ausgelegt, nach Zustimmung des Gemeinderates, den zuständigen Behörden vorgelegt. Hinsichtlich der Anordnung von Geschwindigkeitsreduzierungen, ist eine erhebliche Lärminderung, die infolge der Geschwindigkeitsreduzierung zu erlangen ist, nachzuweisen und mit einer entsprechenden Ermessensabwägung der höheren Verkehrsbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart, zu Erteilung des Einvernehmens vorzulegen. Der Entwurf des LAP wurde jüngst dem Ausschuss für Technik und Umwelt vorgelegt.</p>
<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>8</p>	<p>AN/297/19</p>	<p>Der zunehmende motorisierte Individualverkehr sorgt in Backnang, in den Stoßzeiten, regelmäßig für ein Verkehrschaos. Die Stadtentwicklung und kommende Wohngebiete werden diese Situation weiter fördern. Die Marktstraße wird oft als Abkürzungsstrecke benutzt. Wir fordern hier eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 km/h.</p>	<p>II, Amt 30 Die Fortführung des verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs über die Gerberstraße, Eduard-Breuninger-Straße ist vorgesehen und wird nach Ausbau der sogenannten Engelkreuzung realisiert. Die Planung wird im Ausschuss für Technik und Umwelt rechtzeitig vorgelegt.</p>

<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>10</p>	<p>AN/299/19</p>	<p>Backnang ist die Metropole des Schwäbisch-Fränkischen Waldes. Mit dem Stromberg-Murratal Radweg ist Backnang an die Oberrheinische Tiefebene angebunden. Diese touristische Attraktion muss weiterentwickelt werden. Wir bitten hier um ein Konzept, wie Backnang noch mehr von diesem Radweg profitieren kann.</p>	<p>Amt 40 Aufnahme in das städtische Marketingkonzeptes der Stadt, Vorstellung VFA.</p>
<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>11</p>	<p>AN/300/19</p>	<p>Der Klimawandel wird immer bedrohlicher. Die Bäume genießen unseren besonderen Schutz. Schädlinge können sich dann besonders vermehren, wenn die Pflanzen geschwächt sind. Das war dieses Jahr in der Grabenstraße gut zu beobachten. Unsere Bäume brauche dort Hilfe. Die Stadt prüft das Anbringen von Bewässerungssäcken und stellt das Ergebnis dem Gremium vor.</p>	<p>Amt 66 Gießkonzept wird situativ entwickelt. Größere Stadtbäume werden bei langanhaltender Trockenheit zusätzlich mit einer Wassermenge von ca. 500l bewässert. Das Anbringen von Bewässerungssäcken mit einem Volumen von 75 Liter wird im kommenden Jahr an jungen Stadtbäumen getestet. Das Ergebnis wird vorgestellt. (Gießwasser, nicht Trinkwasser)</p>

<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>14</p>	<p>AN/303/19</p>	<p>Die stetige Vermüllung der Stadt Backnang nimmt zu. Wir möchten einige Problemstellen benennen: das Parkhaus am Bahnhof, die Fußstege am Bahnhof und die Christian-Schmückle-Staffel. Wir bitten um die Erstellung einer Offensive der Stadt. In diese Offensive müssen Schulen, Vereine und andere öffentliche Einrichtungen einbezogen werden.</p>	<p>Amt 30, 50</p> <p>Die Stadtverwaltung arbeitet täglich an einer Verbesserung der Sauberkeit der Stadt. Der dem Gemeinderat in der öffentlichen Sitzung vom 23.03.2017 vorgestellte 10-Punkte-Katalog für Maßnahmen der sauberen Stadt wurde umgesetzt und wird gelebt. Das Personal der Stadtreinigung wurde erhöht, der Transporter ist beschafft und im Einsatz. Zusätzliche Abfallbehältnisse wurden in erheblichem Umfang installiert. Bei den Standorten für Glas- und Papiercontainer wurden die Reinigungsintervalle verkürzt. Die Erweiterung der Standorte für Depotcontainer befindet sich in der Prüfung und wird dem Gemeinderat vorgelegt. Die Verstöße von Klein- und Großmüllsündern werden konsequent verfolgt. Das ehrenamtliche Engagement und die Patenschaften sowie die Sensibilisierung und die Projektarbeit an Kindertagesstätten und Schulen ist bereits Bestandteil der täglichen Arbeit (*siehe Anlage 014/18 GR). Es bedarf somit keiner neuen Offensive, sondern der Fortführung und Intensivierung der bisherigen Offensive.</p>
--	-------------------------	---	--

<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>15</p>	<p>AN/304/19</p>	<p>Die kostenlose Bereitstellung von Menstruations- und Hygieneartikeln für Schüler*innen in den Schulen ist eine logische Bereitstellung von Sanitärartikeln neben Toilettenpapier und Handtüchern. Gleichzeitig ist es ein Zeichen für die Endtabuisierung des Themas Menstruation, das besonders an den Schulen seine Wirkung entfalten kann. Oftmals fragen Schüler*innen in ihrem Dilemma die Lehrkräfte nach Menstruationsartikeln. Diese Scham möchten wir ihnen ersparen und für Notfälle entsprechende Artikel zur Verfügung stellen. Für die Belegschaft sollen dem entsprechend in den Sanitarräumen der Verwaltung Menstruationsartikel bereitgestellt werden.</p>	<p>Amt 50</p> <p>Die Stadtverwaltung kann den Vorschlag, in den Verwaltungsgebäuden und in den Schulen in städtischer Trägerschaft kostenlos Menstruationsartikel zur Verfügung zu stellen nachvollziehen. Es wird in Zusammenarbeit mit den Schulen und unter Einbeziehung von städtischen Bediensteten ein pragmatisches Umsetzungskonzept erarbeitet, das insbesondere fragwürdiges und in der Öffentlichkeit heftig diskutiertes Bereitstellen dieser Hygieneartikel in Herrentoiletten etc. vermeidet. Welches die richtigen Standorte sind, wird mit den jeweils vor Ort Verantwortlichen abgestimmt. Die Kosten sollen über das laufende Budget gedeckt werden, da die Nachfrage als sehr überschaubar vermutet wird. Sollte sich ein erhöhter Bedarf zeigen, wird dieser zukünftig eingeplant.</p>
--	-------------------------	--	---

<p>Bündnis 90/Grünen- Fraktion</p> <p>18</p>	<p>AN/307/19</p>	<p>Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadt um Errichtung einer Apfelannahmestelle für Äpfel und Finanzielle Förderung von Bio-Äpfeln.</p>	<p>III</p> <p>Die Einrichtung einer Annahmestelle für Äpfel sowie die finanzielle Förderung von Bio-Äpfeln ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand und würde zudem gegen das Beihilferecht verstoßen. Im Rahmen des Schwäbischen Mostviertel e.V. organisiert sich derzeit eine Interessengemeinschaft aus privaten Streuobstwiesenbesitzern mit dem Ziel, durch die mengenmäßige Bündelung von Obst höhere Preise zu erzielen. Dies wird gemeinsam mit den vorhandenen privaten Obstannahmestellen erfolgen.</p> <p>Zur Förderung des Anbaus von Bioobst hat das Schwäbische Mostviertel in der Vergangenheit mehrere Erzeuger bei der Biozertifizierung unterstützt und wird dies bei Bedarf weiterhin tun. Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung über die Arbeit des Schwäbischen Mostviertel e.V. im Gemeinderat erfolgt eine Darstellung aller relevanter Aktivitäten.</p>
<p>SPD-Fraktion</p> <p>4</p>	<p>AN/313/19</p>	<p>Die Verbindungsstaffel vom Kreisel Sulzbacher Brücke zum Hagenbach (Koppenberg) wird verkehrssicher und fußgängerfreundlich saniert.</p>	<p>III</p> <p>Aktuell sind Treppenanlage und Verbindungsweg in einem verkehrssicheren Zustand. Eine baulichen Neugestaltung zur besseren Begehrbarkeit der gesamten Wegeverbindung soll im Zuge einer künftig anstehenden Neuausweisung eines Sanierungsgebiets im Bereich „Koppenberg, Untere Sulzbacher Straße“, gesamtheitlich umgesetzt werden.</p>
<p>SPD-Fraktion</p> <p>10</p>	<p>AN/319/19</p>	<p>Geeignete Grünflächen auf den städtischen Friedhöfen (Freiflächen und aufgelassene Grabfelder) werden als Beitrag zur Artenvielfalt zu Blühwiesen umgestaltet.</p>	<p>Amt 20</p> <p>Artenvielfalt wird auf den städtischen Friedhöfen bereits seit Jahren durch verschiedene Maßnahmen umgesetzt. So wurden beide Urnenparks im Stadt- und Waldfriedhof mit Staudenbeeten bepflanzt. Im Waldfriedhof werden die großen Freiflächen nur noch einmal nach der Grasblüte abgemäht. Im Herbst wurden Frühlingszwiebeln auf verschiedenen Friedhöfen gelegt.</p> <p>Zur weiteren Förderungen der Artenvielfalt soll auf den Grabfeldern V-VII im Waldfriedhof im kommenden Jahr eine Blühwiese angelegt werden. Weitere Maßnahmen werden fortlaufend geprüft.</p>

BD - Stadtrat Dyken BD-007/22	AN/323/19	<p>Außerdem sollen bei allen Straßenneubauten sowohl die Radschutzstreifen als auch die von Autos und Rädern gemeinsam genutzten Fahrbahnen farblich von den reinen Autofahrbahnen abgehoben werden, z.B. beim Kawag-Kreisel oder an der Aspacher/Schöntaler Straße.</p>	<p>Amt 66 Bei Neubaumaßnahmen werden Gefahrstellen entsprechend gekennzeichnet.</p>
BD - Stadtrat Dyken BD008/22	AN/324/19	<p>Die Stadtwerke sollen dabei unterstützt werden, regionale Kleinkraftwerke und Solarparks zu planen und zu errichten. Wie die Wärmeversorgung der oberen Walke soll auch die Energieversorgung ganz Backnangs unabhängiger werden vom Gas- und Strommarkt. Die Stadt Tübingen kann als mögliches Beispiel herangezogen werden.</p>	<p>SwBK, Amt 20 Die SwBK errichten seit Jahren „regionale Kleinkraftwerke“ in Backnang. Der Ausbau wird über die kommunale Wärmeplanung weiter Fahrt aufnehmen. Das Thema Solarparks ist zur besseren Beteiligung der Bürgerschaft bewusst bei der Bürger-Energiegenossenschaft angesiedelt. Wie bereits unter dem Antrag AN/292/19 erwähnt, beabsichtigen die SwBK sich bei einer Realisierung des Windparks Zollstock-Springstein zu beteiligen. Hierdurch würde die regionale Energieerzeugung weiter ausgebaut und unabhängiger vom überregionalen Strombezug werden.</p>
BD - Stadtrat Dyken BD-010/22	AN/326/19	<p>Außerdem soll die Stadt Backnang ihren Eigenbetrieb Baulandentwicklung ertüchtigen, nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Flächen zwar zu erwerben, aber zur Schaffung eines regionalen Ausgleichs zu renaturieren. Wenn dies nicht der Betriebszweck ist, kann der Erwerb von Flächen auch direkt durch die Stadt Backnang geschehen.</p>	<p>Amt 61 Mit der Ökopunkteverordnung gibt es ein sehr gutes Instrument zur regionalen Schaffung und Umsetzung von ökologischen Aufwertungen. Die Stadtverwaltung kauft / übernimmt hierzu regelmäßig Ökopunkte aus der Raumschaft um den regionalen Ausgleich zu kompensieren.</p>